



Carina Konrad
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellungnahme

der stellvertretenden Vorsitzenden im Agrarausschuss, Carina Konrad (FDP), zu den von Julia Klöckner angekündigten Dürrehilfen für Landwirte

Wiebelsheim, 22.08.2018

Carina Konrad, MdB

Pressekontakt:
Coralie Brandt
Industriepark 17
56291 Wiebelsheim
Telefon: +49 6766 -7538020
Fax: +49 6766-7538024
carina.konrad.ma04@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Wilhelmstraße 65
Raum: 1.10
Telefon: +49 30 227-78344
Fax: +49 30 227-70345
carina.konrad@bundestag.de

Infolge der langen Trockenheit haben die Bauern in vielen Bundesländern große Ernteaufgänge zu beklagen. Nachdem heute die Erntebilanzen für dieses Jahr vorgelegt wurden, hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) mitgeteilt, man werde die Bauern mit 340 Millionen Euro unterstützen, von denen Bund und Länder je die Hälfte tragen.

<https://www.tagesschau.de/eilmeldung/eilmeldung-3911.html>

Dazu bezieht Carina Konrad (FDP), studierte Landwirtin und stellvertretende Vorsitzende des Agrarausschusses im Deutschen Bundestag, wie folgt Stellung:

„Das Hilfsprogramm für die betroffenen Bauern, das Frau Klöckner angekündigt hat, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie klebt ein Pflaster auf eine Wunde, die damit für begrenzte Zeit notdürftig versorgt ist, in Zukunft aber jederzeit wieder aufreißen kann. Landwirte wollen aber nicht jedes Jahr auf Neue zu Bittstellern degradiert und von der Öffentlichkeit als hilflose Almosenempfänger oder als geldgierige Subventionsjäger wahrgenommen werden. Sie verstehen sich als Unternehmer und wollen als solche vorsorgen, damit Extremwetterlagen, wie sie in Zukunft häufiger zu befürchten sind, sie nicht jedes Mal wieder in Existenznot bringen. Jeder 25. landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland ist aktuell in seiner Existenz bedroht. Wir Freie Demokraten plädieren schon seit Langem für ein besseres Risikomanagement für die Land- und Forstwirtschaft. Ein Instrument wie die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage würde das ermöglichen. Auf diese Weise könnten Landwirte schlechte Jahre steuerlich mit guten Jahren verrechnen und ihre Liquidität verbessern. Dass die Union dieses Instrument in ihrem Bundestagswahlprogramm selbst gefordert, scheint in Vergessenheit geraten zu sein.“